Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 96 (2011)

Heft: 4

Artikel: Jungliberale nehmen die Kirchensteuerpflicht juristischer Personen ins Visier

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1090950

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jungliberale nehmen die Kirchensteuerpflicht juristischer Personen ins Visier

In mehreren Kantonen fordern die Jungliberalen die Abschaffung der Zwangs-Kirchensteuer für juristische Personen.

Kt. FR: Volksmotion
Die Freiburger Jungfreisinnigen haben am 21. Juli beim Kantonsparlament eine Volksmotion mit 351 Unterschriften eingereicht mit dem Ziel, die Kirchensteuer für juristische Personen als freiwillig zu erklären. 2005 belief sich dieser Steuerertrag auf insgesamt 88 Millionen Franken.

Kt. GR: Initiative
Die Bündner Jungfreisinnigen haben am 1. September mit der Unterschriftensammlung für ihre Initiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe» begonnen und innert 14 Tagen schon 1000 von 4000 Unterschriften beisammen. Für die Kirchen stehen im Kanton Graubünden rund 10 Millionen Franken auf dem Spiel.

Kt. ZH: Initiative
Die Zürcher Jungfreisinnigen haben die Lancierung einer kantonalen Volksinitiative zur Abschaffung der Kirchensteuerpflicht für Firmen (juristische Personen) beschlossen und wollen damit das Gewerbe um durchschnittlich 100 Millionen Franken pro Jahr entlasten. Der Sammelstart war auf Ende August 2011 vorgesehen.

Zürcher Freidenker begrüssten die Initiative der Jungfreisinnigen, plädieren aber für mehrheitsfähige Variante
Die Zürcher Freidenker gratulierten den Jungfreisinnigen zu ihrem Ansinnen, die Kirchensteuerpflicht für juristische Personen abzuschaffen. Unternehmerische Zwangsabgaben an Religionsgemeinschaften sind ein rechtsstaatliches Ärgernis, welches beseitigt gehört. Die Freidenker hoffen, dass ein Zürcherisches Ja schweizweit Signalwirkung haben wird. Umso wichtiger ist es aus ihrer Sicht, dass ein mehrheitsfähiger Initiativtext zur Abstimmung gebracht wird. Nach Einschätzung der Zürcher Freidenker dürfte eine reine Abschaffungsinitiative, welche links der religiösen Mitte mehrheitlich primär als Steuersenkungsvorlage eingestuft werden dürfte, an der Urne wenig Chancen haben. Was nötig ist, ist eine Vorlage, die den Staat mit den nötigen Mitteln alimentiert, um zurzeit an die Kirchen delegierte soziale Aufgaben selbst übernehmen zu können oder auszuschreiben.
Es gilt nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Beiträge zu kompensieren, die heute zwangsweise an die Kirchen umgeteilt werden, denn die Kirchen arbeiten als soziale Dienstleister höchst ineffizient – gemäss Nationalfondsstudie von Marti et al. (2010) macht soziales Engagement nur rund ein Drittel der kirchlichen Dienstleistungen aus. Dieser Anteil soll aber sichergestellt werden.
Ein von Marc Wäckerlin (Piratenpartei Winterthur) eingebrachter Vorschlag zielt in die richtige Richtung: Er schlägt eine über zehn Jahre gestaffelte Reduktion der Kirchensteuer für juristische Personen bei gleichzeitiger sanfter Erhöhung der Staatssteuer vor. Während dieser Übergangszeit soll die Staatssteuer für juristische Personen jährlich um die Hälfte (oder als Variante: ein Drittel) des bei der Kirchensteuer eingesparten Betrags angehoben werden. Nach zehn Jahren wäre die Kirchensteuer für juristische Personen abgeschafft, die Staatssteuer wäre um die Hälfte bzw. ein Drittel dieses Betrags erhöht. Die Unternehmer würden von der Vorlage finanziell profitieren, aber weiterhin einen Beitrag an sozial sinnvolle oder notwendige Dienstleistungen entrichten. So wäre ein Modell geschaffen, welches unternehmensfreundlich und gerecht zugleich ist – und an der Urne beste Chancen auf Mehrheiten links und rechts der religiösen Mitte hätte.
Die Freidenker appellieren an die Jungfreisinnigen, die Initiative nicht als blosses Wahlkampfinstrument zu nutzen, sondern sie wirklich mit dem Ziel, die Kirchensteuer via Volksabstimmung zu beerdigen, zu lancieren.

KONFESSIONSLOSE.CH
FÜR DIE TRENNUNG VON STAAT UND KIRCHE

Wahlen 2011

Am 23. Oktober 2011 sind Nationalratswahlen: Wählen Sie KandidatInnen, die sich für die Laizität einsetzen werden!

Auch auf nationaler Ebene ist die Laizität in der Schweiz nicht vollständig verwirklicht. Neben der Präambel der Verfassung finden wir auch im sogenannten «Schweizer Psalm» noch Anrufungen des christlichen Gottes und auch auf dem Fünfliber wird im 21. Jahrhundert der Name eines Gottes eingeprägt.
Nachdem die Verfassung von 1991 mit einigen alten Zöpfen aufgeräumt hatte, hat sich mit dem Minarettverbot eine neue religionsspezifische Bestimmung eingeschlichen. Des Weiteren verlangen Motionen den verfassungsmässigen Schutz des Kruzifixes etc. pp.
Wenn auch die für die Praxis relevanten Bestimmungen zum Verhältnis Staat–Religion in den kantonalen Erlassen zu ändern sind, ist die FVS doch daran interessiert, auch auf nationaler Ebene KandidatInnen zur Wahl zu empfehlen, die in Bern klare Ansagen gegen reaktionäre klerikale, oder fundamentalistisch christliche Bestrebungen machen werden.

Parteien
Die Piratenpartei tritt in den Kantonen AG, BS, BE, FR, GE, VD und ZH an. Sie hat 2010 die Laizität mit klaren Forderungen ins Parteiprogramm aufgenommen.
Im Kanton Zürich gibt es vor allem die neue Liste der Konfessionslosen, die das Anliegen in den Nationalrat tragen will. Auf dieser Liste steht eine grosse Anzahl von FVS-Mitgliedern. Sie setzen sich ein für die Trennung von Staat und Kirche, für ein liberales Recht in Sachen Sterbehilfe, Abtreibung, Präimplantationsdiagnostik und Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare sowie für einen Philosophie- und Ethikunterricht an den Volksschulen.
Im Parteiprogramm der SP steht seit 2010: «Seit der Aufklärung bilden die Menschenrechte die Grundlage unserer Gesellschaft. Die SP setzt Irrationalismus und religiösem Fundamentalismus das Modell einer pluralistischen Gesellschaft im laizistischen Staat entgegen, das von der Würde und Freiheit des Individuums ausgeht und dieses zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet. Staat und öffentliches Bildungswesen sollen gegenüber allen Religionen strikte Neutralität wahren, auf Vorgaben zum ‹richtigen› Glauben verzichten und in öffentlichen Gebäuden und Schulen das Zurschaustellen religiöser Symbole unterbinden.» Dies dürfte allerdings kaum Auswirkung auf die landeskirchenfreundliche Haltung ihrer VertreterInnen im Parlament haben.

Empfehlungen
Mitglieder, die für den Nationalrat kandidieren, soweit bis Redaktionsschluss bekannt:

Kanton Basel-Stadt		
Meury Cedric	Piraten	Liste 2
Kanton Bern		
Brönnimann Thomas	Grünliberale	Liste 24
Köpfli Michael	Grünliberale	Liste 24
Kanton Freiburg		
Schwarz Urs	parteifrei.ch	Liste 11
Kanton Graubünden		
Casutt Simon	Grünliberale	Liste 9
Kanton Zürich		
Kyriacou Andreas u. a.	Konfessionsfreie	Liste 21
Wäckerlin Marc	Piraten	Liste 10

Die Liste der KandidatInnen auf der FVS-Webseite wird laufend ergänzt!